



SPÖ ÖÖ

**DAS SPÖ-REGIERUNGSPROGRAMM
FÜR OBERÖSTERREICH: ES BRAUCHT**

**JETZT
MEHR FÜR
DICH.**

**BIRGIT
GERSTORFER**

ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.

Impressum:

SPÖ Oberösterreich

Landstraße 36

4020 Linz

Bilder: SPÖ Oberösterreich,

Sebastian Philipp, Alissar Najjar,

unsplash, iStock

Inhalt

1	Wir kämpfen um Arbeitsplätze	4
1.1	Wir schaffen Arbeitsplätze	7
1.2	Wir machen Arbeitsplätze gut	8
1.3	Perspektiven für junge Menschen	9
1.4	Wirtschaftsstandort Oberösterreich	11
1.5	Wir garantieren soziale Absicherung	14
2	In Bildung investieren, nicht in Reiche	16
2.1	Jedes Kind verdient eine glückliche Kindheit	18
2.2	Schulen, die Talente fördern	20
2.3	Lebenslanges Lernen	22
3	Gesundheit ist alles	24
3.1	Prävention ist die beste Vorsorge	27
3.2	Wir garantieren die beste Versorgung für kranke Menschen	27
3.3	Es geht ums Prinzip: Solidarische Krankenversicherung und Gesundheitsvorsorge	29
4	Pflege braucht Liebe, Zeit und Geld	30
4.1	Wir garantieren ein Altern in Würde	33
4.2	Pflege ist mehr wert	34
5	Gutes Leben in Stadt und Land	36
5.1	Wir garantieren leistbaren Wohnraum für alle	39
5.2	Unkompliziert von A nach B	41
5.3	Lebensqualität vor Ort: Ortskernbelebung & Freizeitangebot	42
5.4	Gerechtigkeit ist gefragt: Gerade bei den Gemeindefinanzen	45
5.5	Es gibt keinen Planet B	46
6	Ein breites Kulturangebot für ganz Oberösterreich	50
7	Landwirtschaft: Die Grundlage für ein gesundes Leben	53
8	Mehr Demokratie für Oberösterreich	54
9	Ein solidarisches Oberösterreich	56
9.1	Wir kämpfen für Gleichberechtigung	57
9.2	Wir leben internationale Solidarität	60
9.3	Integration: Wir schauen aufeinander	62
9.4	Inklusion, das schaffen wir	63



**WIR
KÄMPFEN UM
ARBEITSPLÄTZE!**

ARBEITSPLÄTZE!

Hattet ihr schon einmal Angst um den eigenen Arbeitsplatz? Dieses Gefühl, wenn sich im Magen alles zusammenzieht, wenn die Geschäftsleitung zur Betriebsversammlung einlädt. Die vielen angst-erfüllten Gespräche in der Familie voller Sorge und der ständige Streit. Angst vor Arbeitsplatzverlust lähmt Menschen. Sie zerstört Lebensplanungen. Sie macht Familien kaputt. Gegen diese Angst treten wir an!

Der Arbeitsmarkt verändert sich. Neue Berufe entstehen und auch in altbekannten Berufen stellen Digitalisierung, Klimawandel und Pandemie alles auf den Kopf. In dieser neuen Arbeitswelt wollen wir bewährte Sicherheit mit neuen Methoden schaffen. Wir sichern ab, dass niemand im Wandel die Existenz verliert.

Wir blicken mit Zuversicht auf jede Veränderung, weil wir wissen, dass sich auch unter neuen Bedingungen ein sozialer Arbeitsmarkt gestalten lässt. Ihr wollt wissen, wie das geht?

Genau dafür gibt es dieses Programm!

Fangen wir vorne an: Wir schaffen Arbeitsplätze – denn genau das können wir als Politik tun, wenn wir den festen Willen zum Handeln statt zum Zusehen haben. Zu viele Menschen in unserem Land sind ohne Arbeit und sie alle brauchen eine politische Kraft, die diese Krise als Auftrag zur Lösung versteht. Wir greifen aktiv in den Arbeitsmarkt ein, helfen Betrieben, stärken unsere Wirtschaft und sorgen dafür, dass es aufwärts statt immer weiter abwärts geht.

WIR SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE.

Wir stärken gerne die Wirtschaft, aber das hat einen Preis: Wir akzeptieren nicht, dass immer mehr Druck auf die Beschäftigten ausgeübt wird. Wer unsere Hilfe will, darf nicht mit Entlassungen und schlechteren Arbeitsbedingungen drohen. Wir als SPÖ in Oberösterreich sind überzeugt, dass die 40-Stunden-Woche der Vergangenheit angehören muss: Wir wollen Arbeitszeit verkürzen, neu verteilen und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der alle arbeitslosen Menschen die Garantie haben, dass es einen sinnstiftenden Arbeitsplatz für sie gibt und dass neben der Arbeit genug Zeit für Familie und Freundschaften bleibt. **Das ist Lebensqualität!**

Die SPÖ steht für eine Arbeitswelt, die besser ist als unsere altbekannte. Dazu brauchen wir Modelle zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das geht! **Denn weltweit kann man sehen: Wo Arbeitszeiten kürzer werden, da werden Menschen produktiver!**

Die Gerstorfer-Regierung:

- Mit eurer Stimme schaffen wir das Recht auf Arbeit durch eine Beschäftigungsgarantie. Als ersten Schritt wollen wir die Umsetzung der Aktion 40.000, um älteren und langzeitbeschäftigungslosen Menschen eine Perspektive zu geben. Der weitere Ausbau in den Folgejahren sichert für alle, die keinen Job finden, einen sinnstiftenden Arbeitsplatz mit mindestens 1.700 Euro brutto.
- Wir greifen ein! Mit einer Beteiligung des Landes an oberösterreichischen Betrieben, die durch die Pandemie in finanzielle Not geraten sind. So geht mutige Wirtschaftspolitik für Oberösterreich.
- Wir machen fit! Durch die Schaffung eines berufsbegleitenden, niederschweligen Qualifizierungsangebotes (z.B. für Hilfskräfte in Kinderbildungseinrichtungen), einschließlich der Absicherung des Einkommens für die Ausbildungswilligen durch das Land und ggf. auch mit Unterstützung des Bundes.
- Wir bringen ein echtes Corona-Konjunkturpaket für Oberösterreich mit dringend notwendigen Investitionen in Pflege, Kinderbetreuung und Wohnbau auf den Weg. Wir werden die thermische Sanierung rasch umsetzen und dafür 648 Millionen Euro in die Zukunft investieren. Diese Maßnahmen schaffen 12.370 Arbeitsplätze in Oberösterreich. Ihr wundert euch über diese ganz genaue Zahl? Richtig, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht!

Warum sollte man den ganzen Tag arbeiten gehen, wenn man am Ende nicht davon leben kann? Das ist falsch und wir sind nicht länger bereit, das zu tolerieren. Wer arbeiten geht, muss von seinem Gehalt leben können! Wir haben keine Angst davor, hier gesetzlich einzugreifen. Wir wollen, dass Oberösterreich ein Land des guten Lebens statt der Ausbeutung wird. Hier geht es auch um Arbeitsbedingungen, die krank machen – vor allem in jenen Bereichen, wo kollektivvertragliche und arbeitsrechtliche Standards nicht gelten! Genau deshalb setzen wir – anders als die heute Regierenden – endlich alle gesetzlichen Standards mit Kontrollen in den Betrieben um und verschärfen diese.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Mit uns gibt es mindestens 1.700 Euro brutto pro Monat und das 14 mal im Jahr. Wohlgemerkt *mindestens*, denn unser Ziel insgesamt sind deutlich höhere Löhne für alle von euch.
- Wir haben vor den Bossen keine Angst. Wer unter Kollektivvertrag entlohnen will, bekommt eine Strafe.
- Frauen bekommen für die gleiche Arbeit weniger raus. Durch effektivere Einkommensberichte verhindern wir Lohnungleichheit. Mit uns erfährt jede Frau, wie viel mehr sie verdienen sollte und wir unterstützen dabei, dieses Recht auch zu erheben.
- Ganz klar: Es kommt die sechste Urlaubswoche für alle!

So langsam kommt euch dieses Programm ein bisschen mutig vor? Ganz genau! Wir haben mutig und in aller Konsequenz entschieden, dass wir endlich einen besseren Arbeitsmarkt für alle wollen.

- Wir schaffen die gesetzliche Beschränkung von Leiharbeit. Und nach 12 Monaten beim gleichen Arbeitgeber als Leiharbeiter*innen müssen diese in die Stammbesellschaft übernommen werden.
- Es kommt eine Überstundenabgabe für Unternehmen in der Höhe von einem Euro je Überstunde.
- Wir sorgen für eine vollständige Rücknahme des 12-Stunden-Tages. Ausbeutung und viel zu lange Arbeitszeiten haben mit uns keine Zukunft mehr.
- Unser Ziel: Die sofortige Wiedereinführung der abschlagsfreien Langzeitversicherungspension. Eh klar – die Hacklerregelung: 45 Jahre sind genug!
- Eine neue Altersteilzeit, die den Antritt schon 10 statt der bisherigen fünf Jahre vor dem Regelpensionsalter ermöglicht.
- Einfacher Zugang zur Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension statt der durch Schikanen geprägten gültigen Regelung.
- Das Verbot von ausbeuterischen Werkverträgen, die keine zumindest kollektivvertraglichen Einkommen inklusive Sonderzahlungen garantieren (wie z.B. im Zustellgewerbe).

PERSPEKTIVEN FÜR JUNGE MENSCHEN.

Wir wollen Selbstbewusstsein statt Selbstzweifel fördern! Ein junges Berufsleben darf nicht mit Jugendarbeitslosigkeit beginnen. Wir wollen junge Menschen stark und mutig machen. Sie sollen erleben, dass sie gebraucht und gut ausgebildet werden. Deshalb steht für uns außer Frage, dass wir jedem jungen Menschen eine Perspektive geben. Alle sollen den passenden Ausbildungsplatz finden. Wir wollen die Garantie für junge Menschen auf einen Ausbildungsplatz, der Talente fördert und Mitbestimmung im Betrieb ermöglicht!

Unsere Spitzenkandidatin Birgit Gerstorfer hat lange das Arbeitsmarktservice geleitet und weiß ganz genau, wie man in den Arbeitsmarkt eingreifen muss, damit junge Menschen vorankommen statt ausgebremst zu werden. Das merkt man auch an unserem Programm: **Es zeigt konkret, wie es geht!**

Die Gerstorfer-Regierung:

- Schluss mit Schulabbruch und Jugendarbeitslosigkeit: Mit einer Lehrstellengarantie für Jugendliche, einem Ausbildungsprogramm für Maturant*innen auf Arbeitsplatzsuche, gezielten Hilfen, um Schulabbrüche zu verhindern und einer qualitativ hochwertigen Berufsinformation in den Schulen.
- Bis 24 muss es eine Beschäftigungsgarantie geben – durch neue Lehrstellen und Arbeitsplätze. Solch eine Förderung lässt unsere Jugend über sich hinauswachsen statt sie klein zu machen.
- Wir trauen uns, die massive Ausweitung von Produktionsschulen und die volle Auszahlung der kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigung zu regeln – auch in überbetrieblichen Ausbildungen.
- Lasst uns einen Lehrlings- und Ausbildungsfonds auch in Oberösterreich schaffen. Eure Stimme macht es möglich!
- Sorgen wir für eine Aufwertung der Lehre durch eine Lehrlingsentschädigung von mindestens 850 Euro im ersten Lehrjahr und die Möglichkeit für kostenfreien Förderunterricht in der Lehrausbildung. Wir können uns alles leisten, außer einer Jugend, die nicht die beste Ausbildung bekommt!

**„Dieser Arbeitsmarkt
ist endlich gut!“**

- **Hallo?!** Kündigen nach der Lehre geht gar nicht! Wir schaffen die Ausdehnung der gesetzlichen Weiterverwendungszeit für Lehrlinge von 3 auf 6 Monate.
- Anstatt einer großen Lehrabschlussprüfung – geht's auch „zizerlweis“! Teilprüfungen bzw. Kompetenzchecks während der Lehrzeit, damit wir wissen, was die jungen Leut' schon können und worauf noch besonders geschaut werden muss. Diese Teilprüfungen (Kompetenzchecks) müssen für die Abschlussprüfung angerechnet werden.
- Wir wollen die kostenfreie Meisterprüfung als Weiterqualifizierungsangebot für Fachkräfte – denn Meister schaffen Arbeitsplätze. Wir brauchen mehr davon!
- Mit uns kommt die Stärkung der Betriebsrät*innen und Jugendvertrauensrät*innen, um gerade in Krisenzeiten mehr Wirtschaftsdemokratie und betriebliche Mitbestimmung bei strategischen Zukunftsentscheidungen zu garantieren.
- Wir sorgen für einen Rechtsanspruch für Care-Leaver (Jugendliche in der Obhut der Kinder- und Jugendhilfe ab Großjährigkeit) und zahlen, bis auch sie mit der Ausbildung fertig sind. Klar, das kostet Geld, aber nichts ist teurer als ein junger Mensch, dessen Talente wir nicht fördern.
- Wir wollen, dass Betriebe von guter Ausbildung profitieren! Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbilden, weil sie sich „schrauben“, sollen in einen Ausbildungsfonds einzahlen. Denn so lohnt sich die Ausbildung junger Menschen auch für jeden Betrieb.
- Zu guter Letzt wollen wir die deutliche Anhebung der Entschädigung für Grundwehrdiener und Zivildienstleistende in Anlehnung an den Mindestlohn. Die tun so viel für uns alle!

WIRTSCHAFTSSTANDORT OBERÖSTERREICH.

WIRTSCHAFTSSTANDORT OÖ: WIR STÄRKEN REGIONALE UND NACHHALTIGE BETRIEBE!

Alles, was wir vorhaben, muss finanziert werden und das geht nur mit der stärksten Wirtschaft aller Zeiten. Genau deshalb setzen wir auf eine neue Wirtschaftspolitik, die regionale und nachhaltige Betriebe stärkt. Wir sorgen bewusst dafür, dass unsere Betriebe maximal erfolgreich werden. Am einfachsten geht das, in dem wir unsere guten Standards auch außerhalb unseres Landes verteidigen. Wer bei uns gute Arbeitsbedingungen schafft, darf davon keinen Nachteil haben. Wir schützen deshalb unsere Wirtschaft vor Lohndumping und Unterwanderung von Arbeitsschutzstandards. Wir machen Klimaschutz verpflichtend, genau wie gute Arbeitsbedingungen. Wer bei uns verkaufen will, muss sich an unsere Regeln halten.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir werden soziale und ökologische Möglichkeiten bei der öffentlichen Beschaffung auf Landes- und Gemeindeebene umsetzen. Unser Ziel ist die Stärkung lokaler und regionaler Wertschöpfungsketten (z.B. Regionalität, Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten durch Betriebsrät*innen, Einhaltung von Umweltstandards, nachhaltige und biologische Produktion, Frauenförderung etc.). Dabei tragen die öffentlichen Gesellschaften und Unternehmen mit Landesbeteiligungen besondere Verantwortung (z.B. Energie AG, Gesundheitsholding, Krankenanstalten, Bildungseinrichtungen, Sozialhilfebände etc.). Wir reden nicht über Standards, wir schaffen sie!
- Als konkreten ersten Schritt gibt es biologisches und regionales Essen für alle oberösterreichischen Kinderbildungseinrichtungen, Schulen, Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser und andere öffentliche Stellen. Das klingt nach einer kleinen Maßnahme, aber sie ist groß: Denn wir nutzen unsere gesamte Kraft und Verantwortung, um Einfluss auf die Produktionsbedingungen zu nehmen. So geht moderne Wirtschaftspolitik!
- Wir investieren in den Aufbau einer Beratungsstelle des Landes für Gemeinden und private Unternehmen, damit diese nachhaltige und regionale Beschaffungsvorgänge umsetzen können. Gute soziale und ökologische Standards in der Produktion müssen einfach sein!
- Wir unterstützen unsere Unternehmen dabei, sich auf die Marktbedingungen der Zukunft einzustellen. Wir wollen einen Vorsprung für unseren Wirtschaftsstandort: Wir richten einen Transformationsfonds als Teil eines Green New Deals für Oberösterreich ein.

- Dabei unterstützen wir Betriebe in der Corona-Krise und beim Übergang zu neuen Technologien und sichern langfristig Arbeitsplätze. Die Herausforderungen der Klimakrise, technologischer Neuerungen und der Corona-Krise bewältigen wir dabei mit links. Gleichzeitig investieren wir als Land in die Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte, die die Zukunft unserer Industrie sichern und Unterstützung bei der Umsetzung der Klimaziele bieten (z.B. Breitbandausbau, Wasserstoffpipeline für das Linzer Industriegebiet etc.).
- Wir wollen Wertschöpfung hier vor Ort statt irgendwo! Wir fördern Reparaturen durch regionale und lokale Handwerksbetriebe, um Arbeitsplätze zu sichern. Das verschafft unserem Handwerk einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil!
- Wir denken nicht nur an große Betriebe. Wir wissen, dass jede Selbständigkeit unser Land voranbringt. Wir wollen schnellstmögliche Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-Unternehmen und Kleinunternehmer*innen. Dort unterstützen wir auch durch Förderprogramme für Digitalisierungs- und Ökologierungsmaßnahmen.
- Wir werden das Innovations- und Wachstumsprogramm des Landes auf alle Sparten ausweiten.
- Wir sorgen für die Ausdehnung der Förderungsperiode der Digitalisierungsförderung auf 4 Jahre.
- Wir schaffen eine Offensive zur Insolvenzvermeidung des Landes Oberösterreich, die für den Ausbau von Förderungen wie Insolvenzberatung, Vorschüssen und Beteiligungen sorgt.
- Ausbildungsfonds – Solidarität auch unter Arbeitgeber*innen: Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbilden, obwohl sie die Möglichkeit dazu hätten, sollen in einen Ausbildungsfonds einzahlen.

Das alles ist uns wichtig, aber noch lange nicht genug. Birgit Gerstorfer sagt uns, eine historische Wirtschaftskrise, braucht ein historisch mutiges SPÖ-Programm und sie hat recht!

Deshalb haben wir jetzt zur Bewältigung der Krise einen starken Plan formuliert:

- Ein detaillierter Investitionsplan zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie: Die Verwendung eines Großteils der vorgesehenen Mittel in der Höhe von 1,2 Milliarden Euro in den Jahren 2022 und 2023.
- Die Verwendung von 100 Millionen Euro zusätzlich für Schulsanierungen. Denn jede Schulsanierung bedeutet Aufträge für unsere Handwerksbetriebe und gute Lernbedingungen für unsere Kinder.

- 20 Millionen Euro für die Grundausstattung aller Schulkinder ab der 3. Schulstufe sowie deren Pädagog*innen mit Laptops und der entsprechenden Software, damit wir nie wieder bei der digitalen Bildung ganz hinten liegen.
- 25 Millionen Euro für die Aktion 40.000.
- Zusätzlich 50 Millionen Euro jährlich für den gemeinnützigen Mietwohnbau.
- Das wirft natürlich eine Frage auf: Wie wollt ihr all das finanzieren? Genau so, wie es sich gehört: Wir bitten die Extremverdiener zur Kasse. Genau diejenigen, die von Jahrzehnten der Ausbeutung anderer profitiert haben. Genau diejenigen, die ihren Wohlstand nur auf schlechten Löhnen für andere aufgebaut haben.
- Wir sorgen für die Einführung von Vermögenssteuern auf Extremvermögen und eine Besteuerung absurd großer Erbschaften, für die die Erben nichts geleistet haben.

BIRGIT GERSTORFER:

„Ich habe meinen Freundinnen und Freunden bei der SPÖ gesagt: Ich trete nur an, wenn ihr euch traut, mit mir ein Programm aufzustellen, das unsere Arbeitswelt revolutioniert.“

„Ja, ich trete an, die Regierung zu führen und das ist mein Programm. Es ist mutig – genau so muss es in dieser historischen Krise sein!“



WIR GARANTIEREN SOZIALE ABSICHERUNG.

Arbeit ist ein wichtiger Teil des Lebens, aber bei weitem nicht alles. Krankheiten, Schicksalsschläge und auch ganz positive persönliche Lebensträume brauchen ihren Platz in einem guten Programm. Egal was passiert, wir sichern euch ab! Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der wir aufeinander schauen, uns gegenseitig stärken und uns den Arm reichen, wenn es jemandem schlecht geht. Wir sind überzeugt, dass wir es uns leisten können, andere Menschen zu unterstützen und ihnen eine zweite Chance zu geben.

Für uns ist diese Haltung nicht nur Theorie. Sie ist für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Herzensanliegen. Auch unsere Spitzenkandidatin Birgit Gerstorfer hat erlebt, wie wichtig ein soziales Netz ist. Sie war selbst arbeitslos, sie hat ihren Vater verloren, als sie ihn am meisten brauchte, hat wochenlang um ihr Kind auf der Intensivstation gekämpft. Beim Sozialstaat, bei Gesundheit und Hilfe geht es nicht um abstrakte Strukturen, sondern um jeden einzelnen Menschen, der den Sozialstaat braucht.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir wollen die dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 70 Prozent des Durchschnittsverdienstes des letzten Jahres. Denn weniger Sorge um das Geld gibt die Kraft, sich neu zu bewerben und wiederaufzustehen. Angst lähmt – sie ist kein Antrieb.
- Wir schaffen den Rechtsanspruch auf eine zweite Ausbildung für Erwachsene durch berufliche Neuorientierung. Das geht nur mit einer finanziellen Absicherung. Ein „Qualifizierungsgeld neu“ in der Höhe von 80 Prozent des Letztverdienstes, damit der Lebensunterhalt während einer Aus- oder Weiterbildung gesichert ist, hilft da ganz sicher. So können die Menschen auf eine sich ändernde Arbeitswelt angstfrei reagieren.
- Wir werden die Kinderarmut in unserem Land beseitigen – mit nichts weniger geben wir uns zufrieden: Wir wollen die Einführung einer Kindergrundsicherung. So lange auch nur ein einziges Kind in unserem Land in Armut lebt, gehen wir gegen Kinderarmut vor. Alle Kinder müssen die gleichen Chancen haben. Die Lotterie der Geburt darf nicht bestimmen, ob Kinder glücklich aufwachsen können. Das ist unser Ziel.
- Es braucht endlich eine neue Sozialhilfe für Oberösterreich: Die Sozialhilfe muss Armut vermeiden statt Leute kleinzumachen. Niemand in der Krise braucht einen Staat, der zusätzlich die Last erhöht. Die zahlreichen Diskriminierungen im Gesetz müssen korrigiert werden.

- Wir stimmen für den Rechtsanspruch auf Aus- und Weiterbildung sowie die Hilfe zur Arbeit für Bezieher*innen der Sozialhilfe. Wer keine Arbeitszusage bekommt, kann auch nicht arbeiten – das wollen wir ändern!

SOZIAL ABGESICHERT.

UNSER ANSPRUCH:
„SOZIAL
ABGESICHERT
SEIN.“



IN
BILDUNG
INVESTIEREN,
NICHT IN REICHE.

*Manches Kind ist ein Genie. Kleine, kluge Menschen, die große Erfinder*innen oder Künstler*innen werden. Wisst ihr was: Man kann so klug sein, wie man will – Kinder von Familien, die kein dickes Börserl haben, haben in Oberösterreich kaum eine Chance auf Erfolg. Das zeigen uns alle Ergebnisse der Bildungsforschung seit Ewigkeiten. Aber ist das klug? Können wir es uns leisten, auf unser größtes Talent zu verzichten?*

Ganz sicher nicht. Ist es dann nicht endlich an der Zeit, dass wir das ändern? Wir möchten in einer Gesellschaft leben, in der allen Kindern alle Türen offen stehen und sich jedes Kind frei nach den eigenen Leidenschaften und Interessen entfalten kann, unabhängig vom Einkommen und der Förderung des Umfeldes.

Der nächste Mozart braucht Zugang zu einem Klavier, auch wenn sich seine Familie niemals eines leisten könnte! Ausfinanzierte, moderne Bildungseinrichtungen und Ganztagschulen, die Talente fördern sowie eigenständiges Denken lehren, können das sicher leisten! Und das wollen wir! In Österreich wird Bildung nach wie vor vererbt. Der Bildungsweg der Eltern bestimmt den Bildungsweg der Kinder. Daran gibt es nichts zu rütteln: Jedes Kind hat die gleichen Chancen und Möglichkeiten verdient – egal ob es reiche oder arme Eltern hat!

**JEDES
KIND
VERDIEN
T EINE
GLÜCKLICHE
KINDHEIT.**



Schon gewusst: Was den Ausbau von flächendeckendem Kinderbildungsangebot (Krabbelstuben, Kindergärten etc.) angeht, ist Oberösterreich im Bundesländervergleich an letzter Stelle. Wir finden das peinlich und schlagen vor: Wenn die heutige Landesregierung es nicht hinbekommt, dann machen wir mit eurer Stimme neue Politik: Für uns ist klar, dass kein Kind zurückgelassen werden darf. Alle Familien brauchen die beste Bildung und Betreuung statt den letzten Platz aller Länder! Deshalb fordern wir den Rechtsanspruch auf einen Platz in einer kostenlosen, ganztägigen Kinderbildungseinrichtung für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr in ganz Oberösterreich. Denn jedes Kind verdient die besten Möglichkeiten, die eigenen Talente zu entfalten!

Die Gerstorfer-Regierung:

- Es ist Zeit für kostenlose Kinderbildungsangebote. Schluss mit den Gebühren für Kindergärten, Krabbelstuben, Nachmittagsbetreuungen und Horten in ganz Oberösterreich.
- Es kommt der Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Platz in einer Kinderbildungseinrichtung ab dem 1. Lebensjahr.
- Wir schaffen den Ausbau des Kinderbildungsangebotes bis zum 6. Lebensjahr: Mehr ganztägige, ganzjährige und kostenlose Einrichtungen entsprechend den EU-Barcelona-Zielen und den Kriterien für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (VIF). Dazu müssen wir bauen und das kostet natürlich: ca. 150 Millionen Euro, um 18.500 neue Kinderbildungsplätze für die rund 35.000 Kinder zu schaffen. Geld, das wir gerne investieren, weil es unseren Kindern Zukunft gibt und unserer Wirtschaft Aufträge verschafft.
- Wir brauchen mehr Fachkräfte im vorschulischen Bereich, kleinere Gruppen und mehr Personal. Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit.
- Wir investieren in den Ausbau der Sprachförderung und der Mehrsprachigkeit im Kindergarten.
- Wir ermöglichen mobile Kinderbetreuung für erkrankte Kinder zuhause.
- Unser Konzept: Pandemiefeste Kinderbildungseinrichtungen, die krisenfest sind! Wir sichern ab, dass Bildungseinrichtungen nicht mehr geschlossen werden und Familien (insbesondere Frauen) diese Arbeit nicht länger unbezahlt verrichten müssen.
- Keine Frage, es braucht ein österreichweites, modernes und einheitliches Jugendschutzgesetz, das auch die Online-Welt miteinbezieht.
- Wir sagen dem Mobbing den Kampf an. Mobbing- und Gewaltprävention sowie Prävention von sexualisierter Gewalt oder Cybermobbing macht es möglich, dass die Kinder und Jugendlichen gut aufwachsen können. Das alles und nichts weniger haben unsere Kinder verdient!

SCHULEN, DIE TALENTE FÖRDERN.

Bildung und Liebe sind das Wichtigste. Diese Einstellung teilen die meisten Eltern. Für Liebe können alle Eltern am besten sorgen – aber bei der Bildung braucht es ein kluges System. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Voraussetzungen für gutes Lernen in Oberösterreich sehr unterschiedlich sind: Manche Kinder können vom Elternhaus besser unterstützt werden als andere, manche Kinder haben ein eigenes Lern- und Spielzimmer, andere haben nicht einmal einen Schreibtisch. Es ist großartig, wie viele Eltern ihre Kinder fördern. Wir stellen sicher, dass überall, wo das nicht gelingt, die Kinder keinen Nachteil erleiden. Denn die Weichen für die Zukunft werden bereits im Kindesalter gestellt, daher fordern wir die gleiche Bildung für alle Kinder – egal wie reich die Eltern sind. Wir fordern eine gemeinsame Ganztagschule, die alle Kinder beim Lernen unterstützt und mit warmen Mahlzeiten versorgt! Nur so kann echte Chancengleichheit garantiert werden.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Zuerst das Wichtigste: Wir bieten allen Kindern eine gute Schule und fördern besonders dort zusätzlich, wo die sozialen Umstände den Bildungserfolg benachteiligen.
- Wir sorgen für mehr Chancengerechtigkeit durch Schaffung eines qualitativ hochwertigen, ganztägigen Schulcampus, wo Volksschule und Unterstufe an einem Ort vereint sind. Für alle Schulen mit mehr als einer Klasse pro Schulstufe.
- Zur Chancengleichheit gehört auch, dass Jugendliche die Chance haben, in einer guten, kostenfreien Ganztagschule gut betreut zu lernen.
- Um das alles zu garantieren, schaffen wir den Rechtsanspruch für Eltern, ihr Kind wohnortnah in einem Schulcampus unterbringen zu können. Gleichzeitig modernisieren wir unsere Bildungseinrichtungen: Digitalisierung aller Schulen und Bildungseinrichtungen ist eine Selbstverständlichkeit. Das heißt konkret: Die Ausstattung mit WLAN und Smart Boards in allen Klassenzimmern in ganz Oberösterreich ist Standard.
- Wir beschaffen für die Familien kostenlose Laptops inklusive der entsprechenden Software für alle Schüler*innen ab der 3. Schulstufe sowie für die Pädagog*innen in ganz Oberösterreich – und zusätzlich die Möglichkeit zur Kostenrückerstattung von bereits gekauften Endgeräten.

SCHULE =
TALENT.

- Weil auch eine gute Lernumgebung zum Erfolg beiträgt, investieren wir in die Sanierung der Schulgebäude und Sportanlagen, damit alle Kinder unter besten Bedingungen lernen können – nach ökologischem Standard, eh klar, wir wollen ja die Klimaziele erreichen.
- Damit Kinder lernen, jedes Problem zu meistern, investieren wir in den Ausbau der Schulsozialarbeit in Oberösterreich und dass wir eine flächendeckende Kindergartensozialarbeit haben wollen, ist doch selbstverständlich.
- Wir sorgen dafür, dass es mehr Schulpsycholog*innen- und Supportpersonal an Schulen gibt. Denn gerade die Corona-Zeit ging nicht an allen jungen Menschen spurlos vorüber.
- Findet ihr nicht auch, dass es an der Zeit ist, dass es das Fach „Politische Bildung“ inklusive Medienbildung ab der sechsten Schulstufe für alle Schultypen gibt? Sollten wir nicht pädagogisch wertvoll und sensibel mit Jugendlichen auch am zentralen Entwicklungsthema der Sexualbildung arbeiten statt schamvoll dieses Thema auszuklammern?
- All das hilft Familien, ihre Kinder gut aufwachsen zu lassen. Es reicht aber noch nicht. Damit Familien nicht jedes Jahr weniger haben, braucht es die Anpassung der Schulbeihilfe an die Inflation sowie die Lockerung der Anspruchskriterien. Die Kinder sollen nicht darunter leiden, wenn die Eltern eine andere Sprache sprechen – daher mehrsprachige Antragsformulare für alle Bereiche des Bildungswesens.
- Wir wollen die kostenlose Schüler*innenfreifahrt und kostenlose Verpflegung in den Schulen.
- Wir brauchen die kostenlose Grippeimpfung für alle Schüler*innen und Lehrpersonen.
- Wir sorgen für die Überarbeitung des Unterrichtsstoffs und die Anpassung an die neuen Anforderungen in Arbeits- und Lebenswelten, gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern.
- Nicht zuletzt: Mehr Mitbestimmung und Demokratisierung in der Schule durch ein Wahlrecht für alle Schüler*innen bei den Landes- und Bundesschüler*innen-Vertretungswahlen.

LEBENSLANGES LERNEN.

Unsere Arbeitswelt verändert sich. Das ist sicher. Aber genauso sicher ist, dass man politisch dafür sorgen kann, dass in dieser Veränderung niemand zurückgelassen wird.

Das heißt für uns, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, eine zusätzliche Aus- oder Weiterbildung zu absolvieren! Dafür braucht es einen freien und offenen Zugang zu Bildungseinrichtungen, ohne Aufnahmetests und Gebühren, genauso wie ausreichende finanzielle Unterstützung während des Bildungsweges.


Die Gerstorfer-Regierung:

- Für alle, die neu anfangen wollen, schaffen wir den Rechtsanspruch auf eine zweite Ausbildung für Erwachsene. Das kann man aber nicht ohne Geld. Daher wollen wir bei beruflicher Neuorientierung ein existenzsicherndes „Qualifizierungsgeld neu“ in der Höhe von 80% des Letztverdienstes, damit der Lebensunterhalt während einer Aus- oder Weiterbildung gesichert ist.
- Weil die Zukunft immer bessere Bildung braucht, investieren wir 2% unserer Wirtschaftskraft in unseren Wissenschaftsstandort. Denn durch Forschung entstehen neue Unternehmen, die Arbeitsplätze für Menschen ganz unterschiedlicher Bildungsabschlüsse bieten.
- Es ist an der Zeit für eine Reform der Studienbeihilfen: Für uns ist die Anhebung auf ein existenzsicherndes Niveau, die Abschaffung der Altersgrenzen sowie die Ausweitung der Toleranzsemester für den Beihilfenbezug sowie die automatische Direktzahlung der Familienbeihilfe an über 18-Jährige in Ausbildung eine Selbstverständlichkeit.
- So viel in Forschung und Weiterbildung zu investieren, ist goldrichtig für unser Land. Denn mehr Menschen mit bester Bildung bringen unser Land voran. Genau deshalb sind Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren absurd. Sie verhindern mehr Bildung statt sie zu ermöglichen. Deshalb schaffen wir sie ab.

SO GEHT BILDUNG:
„LERNEN =
LEBENSLANG!“



GESUNDHEIT IST ALLES.



„Hauptsache gesund“ sagen viele Menschen in unserem Land und sie haben recht. Nicht zuletzt hat die Corona-Krise allen deutlich gezeigt, wie wichtig Gesundheit ist und wie sehr ein Virus unser gewohntes Leben einschränken kann. Genau deshalb sollte unser Gesundheitssystem viel wert sein!

Für uns als SPÖ in Oberösterreich ist klar, dass es in den kommenden Jahren keine Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem geben darf! Ganz im Gegenteil: Wir müssen zusätzlich zu unserer bestehenden Gesundheitsversorgung auch noch präventive Angebote zur Verfügung stellen. Denn diese senken langfristig die Kosten des Gesundheitswesens durch mehr statt weniger Leistung. Wir fordern daher den Ausbau sowie die Finanzierung von präventiven Gesundheitstherapien, die Sicherstellung von flächendeckender Gesundheitsversorgung durch den Ausbau von regionalen Gesundheitszentren sowie die sofortige Wiederherstellung repräsentativer Mehrheitsverhältnisse in der österreichischen Gesundheitskasse!

PRÄVENTION IST DIE BESTE VORSORGE.

Die konsequente und regelmäßige Vorsorge und Prävention ist die beste Begleitung für ein gesundes Leben. Das hilft allen Menschen, die einfach und unkompliziert kleine Probleme abklären und behandeln lassen können, bevor sie zu großen Schwierigkeiten werden. Um Prävention in Oberösterreich breit zu verankern und umzusetzen, braucht es den Ausbau des Angebots und eine Ausweitung der Kostenübernahmen. Gesundheit darf kein Luxus sein.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir fördern den Ausbau der psychosozialen Beratungsstellen im ganzen Land.
- Wir sorgen für den Ausbau von krankenkassenfinanzierten Psychotherapieplätzen mit speziellem Fokus auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.
- Wir schaffen die volle Kostenübernahme von gesundheitsfördernden Therapien, bspw. Physiotherapien.

WIR GARANTIEREN DIE BESTE VERSORGUNG FÜR KRANKE MENSCHEN.

Egal ob in der Stadt oder am Land – wer krank ist, verdient die beste Versorgung! Klar, ohne flächendeckenden Ausbau von regionalen Gesundheitszentren mit zentralen Gesundheitsberufen in ganz Oberösterreich wird es nicht gehen. Durch die fächerübergreifende Zusammenarbeit bekommt jede Person die notwendige Behandlung, die sie braucht. Spitäler können so entlastet werden, da vieles in regionalen Gesundheitszentren als erste Anlaufstelle behandelt werden kann. So gelingt es uns auch, dass all jene, die eine Behandlung im Krankenhaus benötigen, diese auch zeitnah und ohne lange Wartezeiten bekommen.

Für uns als SPÖ in Oberösterreich ist auch klar, dass alle Menschen das Recht auf Gesundheit haben. Das ist derzeit jedoch nicht der Fall: Selbständige und Unternehmer*innen in kleinen Betrieben sind derzeit deutlich schlechter gestellt. Das wollen wir nicht länger hinnehmen!

Die Gerstorfer-Regierung:

- Versorgungssicherheit in allen Regionen durch:
 - o Ein*e Hausärzt*in (Vertragsarzt für Allgemeinmedizin) je 1.000 Einwohner*innen.
 - o Ein regionales Gesundheitszentrum je 10.000 Einwohner*innen mit allen Angeboten der verschiedenen Gesundheitsdienstleister*innen ((Physio-)Therapeut*innen, Geburtshelfer*innen, Diätassistent*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen usw.); bessere Vernetzung und Zusammenarbeit untereinander sowie kund*innenorientierte Öffnungszeiten (gesetzlich vorgeschriebene Erreichbarkeit von 24 Stunden am Tag, das ganze Jahr über).
 - o Ein Schwerpunktkrankenhaus in jedem Bezirk.
- Dazu treiben wir den Ausbau der Gesundheitshotline und der E-Medikation voran.
- Wir brauchen den Ausbau der Telemedizin: Wir schaffen die Voraussetzungen, dass regionale Gesundheitszentren mittels telemedizinischer Einrichtungen auf die Leistungen der Spitzenmedizin in den Schwerpunktkrankenhäusern zugreifen können.
- Damit die Gesundheit nie am Geld scheitert: Es ist Zeit für die Streichung aller Selbstbehalte.
- Wir beschließen eine Leistungsharmonisierung bei der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) für eine bessere soziale Absicherung von Selbständigen und Ein-Personen-Unternehmen. Wir schaffen den Selbstbehalt bei Arztbesuchen ab und führen Krankengeld und Betriebshilfe für Ein-Personen-Unternehmen sowie für die werdenden Mamas einen Anspruch auf Mutterschutz und auf Wochengeld ein.
- Wir sichern die flächendeckende Nahversorgung mit Medikamenten in ganz Oberösterreich.
- Gesundheit kommt aber nicht von Einrichtungen und Strukturen allein. Sie wird vor allem von jenen geschaffen, die für unsere Gesundheit arbeiten. Wie absurd ist ein System, in dem die Arbeit in Gesundheitsberufen krank macht? Deshalb setzen wir uns für die Entlastung des Gesundheitspersonals durch ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen und damit die Verkürzung von Terminwartezeiten ein.
- Gesundheit muss es für alle geben und genau deshalb stehen wir für die Umsetzung des Aktionsplans Frauengesundheit.

**GESUNDHEIT
IST ALLES.**

- **Auch bei Corona gehen wir zwei Schritte weiter als die amtierende Regierung:**
 - 1.) Schaffen wir Anti-Corona-Servicezentren in jedem Bezirk, die eine Test-, Impf- sowie Informationsmöglichkeit bieten.
 - 2.) Gründen wir ein Corona-Spätfolgenzentrum für ganz Oberösterreich, wo heute schon Therapien erforscht und erprobt werden sollen, die allen Menschen helfen, die an Long-Covid (den Spätfolgen der Corona-Pandemie) leiden. So helfen wir allen wieder auf die Beine.

ES GEHT UMS PRINZIP: SOLIDARISCHE KRANKENVERSICHERUNG UND GESUNDHEITSVORSORGE.

Ihr wollt, dass es bei der Gesundheitsversorgung um Gesundheit statt um Profite geht? Dann haben wir etwas gemeinsam. Gelingen wird uns das aber nur, wenn in unseren Gesundheitsfragen nicht diejenigen, die Profit machen wollen, den Ton angeben. Dafür hat die Krankenkassenreform von Türkis-Blau im Jahr 2018 jedoch gesorgt und die „Anschaffer“ in den Gebietskrankenkassen sind nicht mehr die Vertreter der Versicherten. Jetzt wird unser Gesundheitssystem nach Strich und Faden für private Profite ausgepresst.

Als SPÖ in Oberösterreich können wir diese Machtverschiebung nicht hinnehmen! Die solidarische Krankenversicherung dient uns allen und dementsprechend muss die Gesundheit endlich wieder das Stimmgewicht erhalten, das ihr zusteht.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir investieren 250 Millionen Euro in die Gesundheitsinfrastruktur. Nur so kommen wir einen großen Schritt voran. Übrigens: Das ist weniger als das, was uns die österreichische Gesundheitskasse „gezupft“ hat. Wir holen uns das Geld der Oberösterreicher*innen wieder zurück.
- Wir sorgen für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in den Entscheidungsgremien der österreichischen Gesundheitskasse. So sichern wir ab, dass in den Gremien für die Gesundheit gestimmt wird statt für private Wirtschaftsinteressen.
- Wir organisieren einen Risikoausgleich zwischen den noch bestehenden Krankenkassen und Krankenfürsorge-Anstalten – und die Leistungsharmonisierung nach oben für alle Versicherten.



**PFLEGE
BRAUCHT**

**LIEBE, ZEIT
UND GELD.**



Den Ruhestand nach einem Leben voller Arbeit in Würde zu verbringen, muss für jeden Menschen möglich sein. Dafür steht die SPÖ in Oberösterreich. Die Pflege unserer älteren Mitmenschen braucht viel Liebe, Zeit und Geld. Deswegen ist für uns klar: Pflegekräfte müssen so gut wie möglich unterstützt werden, um ihre wichtige Arbeit unter den besten Bedingungen machen zu können. Damit wird auch ein angemessener Lebensabend möglich, in dem die Erfordernisse des Alters nicht die Schönheit des Lebens überdecken.

WIR GARANTIEREN EIN ALTERN IN WÜRDE.

Die älteren Menschen haben unsere Anerkennung verdient, die Sozialdemokratie will ihr Leben so angenehm wie möglich gestalten. Dabei stehen wir für einen Ausbau der Alten- und Pflegeheime ebenso wie für eine Individualisierung der Betreuungsangebote durch flexible und mobile Angebote. **Die Sozialdemokratie wird in Oberösterreich die beste Versorgung bereitstellen, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und unter fairen Bedingungen stattfindet.**

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir schaffen die Vereinfachung der Abläufe und Verwaltungsstrukturen in der Altenbetreuung und Pflege, damit bei Pflegebedarf rasch und unbürokratisch das richtige Angebot zur Verfügung gestellt wird.
- Wir sorgen für Ausbau und Individualisierung der Betreuungs- und Pflegeangebote nach dem Grundsatz „mobil vor stationär“, um den Wünschen und Bedürfnissen der wachsenden Gruppe älterer Österreicher*innen gerecht zu werden:
 - o Durch den Ausbau der mobilen Pflege und der mobilen Dienstleistungsangebote (z.B. Hauskrankenpflege) in der Altenbetreuung und Pflege.
 - o Einem oberösterreichweiten Angebot alternativer Wohnformen für ältere Oberösterreicher*innen mit geringen Pflegebedarfen.
 - o Ausbau der Tagesbetreuungsangebote.
 - o Erweiterung der Kurzzeitpflege durch spezielle Kurzzeit-Wohnmöglichkeiten in jedem Bezirk.
 - o Angehörigenentlastungsdienst ausbauen und professionalisieren: mit mindestens einer für Notfälle rund um die Uhr verfügbaren diplomierten Pflegekraft je Sozialberatungsstelle (im Rahmen der Hauskrankenpflege).
 - o Umsetzung innovativer Modelle der Tagesbegleitung auch im Privatbereich etc.
 - o Errichtung eines Kurzzeitpflegeheims zur Entlastung pflegender Angehöriger.
- Wir brauchen die Spezialisierung im Ausbau der Alten- und Pflegeheime: Neue Pflegeheime speziell für Oberösterreicher*innen mit dementiellen Erkrankungen und für die Kurzzeit-Pflege nach einem Krankenhaus-Aufenthalt oder wenn die Angehörigen ausfallen.
- Wir sichern die finanzielle und organisatorische Unterstützung für ehrenamtliche Initiativen und von Projekten gegen Alterseinsamkeit.
- Wir begründen ein oberösterreichisches Qualitätssiegel für die 24-Stunden-Betreuung und finanzielle Beihilfe des Landes Oberösterreich bei Inanspruchnahme einer 24-Stunden-Betreuung.

PFLEGE IST MEHR WERT!

Damit man sich bestmöglich um ältere Menschen kümmern kann, müssen die Bedingungen stimmen. Die Pflege ist der Sozialdemokratie etwas wert. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Arbeitszeitverkürzung sind dabei die wichtigsten Hebel und gewährleisten eine bessere „Work-Life-Balance“. Menschen in Pflegeausbildungen sollen finanziell abgesichert und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Sozialdemokratie steht für eine gute Pflege für alle.

Die Gerstorfer-Regierung:

- ...schafft die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich durch
 - o eine Arbeitszeitverkürzung,
 - o die Erhöhung des Grundgehalts,
 - o die sechste Urlaubswoche für alle.
- Das Spannende:** All das sorgt nicht für mehr Pflegemangel, sondern für weniger. Denn Menschen, die mehr Urlaub haben, werden seltener krank. Wer pro Woche weniger arbeitet, kann den Beruf in höherem Alter noch ausüben. In Summe kommt so durch weniger Druck mehr Arbeitszeit für die Pflege zusammen. Und der Pflegeberuf wird interessanter für jene, die sich überlegen, ob sie einsteigen sollen!
- Wir wollen die Anpassung des Pflegepersonalschlüssels (Anzahl der Pflegekräfte pro pflegebedürftiger Person) an die Veränderungen im Pflegealltag durch ein besseres Betreuungsverhältnis. Insbesondere für Bewohner*innen der Pflegestufen 3 und 4.
 - Wir sorgen für die Einführung einer schulischen Ausbildung nach dem BHS-Modell für Gesundheits- und Sozialberufe, das mit der Qualifikation „Pflegefachassistenz“ abgeschlossen werden kann. Und wir führen die bisherigen Diplomausbildungen, die eine Karriere in der Pflege auch ohne Matura ermöglichen (DGKP für Erwachsene) weiter.
 - Wir stehen für die Verbesserung der finanziellen Absicherung für Personen während der Absolvierung von Pflegeausbildungen.
 - Wir begründen ein Modell der „Anstellung betreuender Angehöriger“ durch eine sozialversicherungspflichtige Anstellung betreuender Angehöriger. Außerdem bauen wir Schulungs-, Weiterbildungs- und Vernetzungsangebote für pflegende Angehörige aus und machen sie mit einem Weiterbildungcheck des Landes kostengünstiger zugänglich.
 - Wir stellen klar: Keine Privatisierung der Kranken-, Pflege- und Reha-Einrichtungen – sie sind eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand. Sie müssen durch diese entsprechend finanziert werden.

WAS PFLEGE BRAUCHT:

LIEBE
ZEIT
GELD

GUTES

LEBEN

IN STADT UND LAND.



Unsere Dörfer, Gemeinden und Städte leiden. Die einen an Leerstand, die anderen an zu viel Druck auf dem Wohnungsmarkt. Wir sehen nicht länger zu, wie Jahrhunderte alte Dörfer veröden. Wir lassen nicht zu, dass in den Städten das halbe Gehalt für die Miete draufgeht. Wir stärken den Handel vor Ort, unterstützen kleine Läden am Dorfplatz, gehen gegen Leerstand genauso wie gegen Mietenwucher vor.

Wir sind die Partei, die Menschen am Land nicht gegen Menschen in der Stadt ausspielt. In unserem Programm haben alle Platz, die in Oberösterreich leben. Wir sind die politische Kraft, die allen zu Gute kommt – statt nur wenigen mit Grundstück am See.

WIR GARANTIEREN LEISTBAREN WOHNRAUM FÜR ALLE.

Die Gerstorfer-Regierung:

- ...wird „Leistbares Wohnen“ als öffentliches Interesse in der oberösterreichischen Landesverfassung verankern.
- ...beschließt die Ausdehnung der Mindestdauer befristeter Mietverträge von drei auf fünf Jahre, mit der Anhebung der Abschläge für Befristungen auf 30%. Und ein faires Universalmietrecht, das den Mieter*innen Sicherheit gibt sowie alle Mietwohnungen am privaten Wohnungsmarkt erfasst.
- ...schafft eine Mietpreisbremse, um das ständige Davonlaufen der Mietpreise gegenüber der allgemeinen Teuerung und der Löhne zu beenden sowie einen öffentlichen Mietpreisradar, um den Mietenwucher zu unterbinden.
- ...steht für eine verbesserte Wohnbeihilfe, die nicht diskriminiert und jene unterstützt, die die Hilfe am notwendigsten brauchen. Dazu gehört auch die Valorisierung der Wohnbeihilfe mit der Abschaffung der 7-Euro-Grenze für die Wohnbeihilfe und die Bindung an den Marktdurchschnitt.
- Wir wollen den Ausbau der Wohnbauförderung als Garant für leistbares Wohnen: Dabei ist die Zweckbindung der Wohnbaudarlehen ein Muss! Dazu als erster Schritt öffentliche Investitionen von rund 80 Millionen Euro, um die Wohnbauförderung zumindest auf das bisherige Höchst-Niveau von 390 Millionen Euro anzuheben sowie eine Anhebung der Sanierungsförderung auf 170 Millionen Euro pro Jahr.
- Wir werden verpflichtende Deutschkenntnisse für Genossenschafts- und Gemeindeförderung abschaffen. Wenn wir international erfolgreich sein wollen, dann muss es auch möglich sein, dass englischsprachige Spitzenwissenschaftler*innen hier eine Wohnung finden. Alles andere ist doch absurd!
- Wir stehen für die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes bei der Wohnungsvergabe auf Landesebene (Levelling Up).
- Wir sorgen für leistbare Wohnungen für junge Menschen in allen oberösterreichischen Gemeinden – weil zum guten Erwachsenwerden auch gehört, dass man irgendwann in den eigenen vier Wänden wohnt statt bei den Eltern.
- Wir wollen altersgerechtes Wohnen und alternative Wohnformen für Senior*innen forcieren.

- Wir beschließen einen Fixanteil leistbarer Wohnungen bei Neubauprojekten von privaten Bauträgern. Die ersten SPÖ-Gemeinden machen es schon vor!
- Wir treten dem Leerstand entgegen – mit der Einrichtung einer Leerstandsdatenbank und Einführung einer Leerstandsabgabe. Denn Wohnraum, der leer bleibt, ist volkswirtschaftlich ein Verlust für uns alle.
- Nicht zuletzt werden wir Makler*innengebühren zukünftig von Vermieter*innen erheben (Bestellerprinzip) und die Mieter*innen damit nicht mehr belasten.



UNKOMPLIZIERT
GUT LEBEN.

UNKOMPLIZIERT VON A NACH B.

Unsere Gesellschaft denkt immer mobiler und kommt dennoch nicht voran. Die SPÖ in Oberösterreich setzt sich für die Trendwende im Verkehr als einen ganz zentralen Beitrag im Kampf gegen den Stau und den Klimawandel ein. Das wollen wir mit einem massiven Ausbau von Kapazitäten der öffentlichen Infrastruktur bewerkstelligen. Ein gut funktionierender und höher getakteter öffentlicher Verkehr vernetzt aber auch die Regionen besser miteinander und bringt die Menschen unseres Bundeslandes zusammen. Er gewährleistet Bewegungsfreiheit und Teilhabe für alle.

Die Gerstorfer Regierung:

- Wir werden eine Trendwende im Verkehr durch die Elektrifizierung und den Ausbau aller Nebenbahnen und S-Bahnen in Oberösterreich herbeiführen: Bis 2025 senken wir den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf 60 Prozent.
- Wir sorgen für eine schnellstmögliche Umsetzung der angekündigten Projekte Durchbindung der Mühlkreisbahn und Einbindung in das S-Bahn-Netz, Errichtung der S-Bahn nach Gallneukirchen und Pregarten sowie die Verlängerung der Straßenbahn aus Linz nach Ansfelden/Kremsdorf.
- Wir schaffen den Halbstunden-Takt von Bus und 15-Minuten-Takt auf der S-Bahn zwischen 5 und 24 Uhr: Jede Gemeinde in Oberösterreich benötigt mindestens 64 ein- und ausfahrende Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr über den Tag verteilt.
- Wir wollen mehr Bewegungsfreiheit: Ausbau der Verbindungen von Landgemeinden in die regionalen Zentren (Bezirksstädte) – auch durch Mikro-ÖV-Lösungen – und Einrichtung eines landesweiten Nachtlinien-Netzes (vor allem in ländlichen Regionen).
- Unser Ziel: Ausbau des Radwegnetzes überregional sowie in den Städten und Gemeinden.
- Unser Anspruch: Aufbau eines flächendeckenden öffentlichen E-Tankstellennetzes mit einheitlichen Tarifen zur Attraktivierung der E-Mobilität.
- Wir sorgen für den Ausbau von Car-Sharing-Modellen in ganz Oberösterreich.
- Wir stoppen die weitere Privatisierung von öffentlicher Mobilität und Infrastruktur.
- Unser Ansatz: Von der Straße auf die Schiene durch Einführung einer LKW-Steuer und Anreize für mehr Güterverkehr auf der Schiene.

LEBENSQUALITÄT VOR ORT: ORTSKERNBELEBUNG & FREIZEITANGEBOT.

Für die SPÖ in Oberösterreich gehört zum guten Leben eine regionale Entwicklung, die hohe Lebensqualität in den Gemeinden ermöglicht und die Regionen gut miteinander vernetzt. **Besonders den Flächenfraß außerhalb der Ortskerne wollen wir stoppen, um die hohe Qualität der Naherholungsgebiete zu sichern.** Der bestehende Leerstand in den Gemeinden soll für Wohnraum, aber auch für innovative Projekte oder Kulturinitiativen nutzbar gemacht werden. Gezielte grüne Investitionen helfen, unsere Lebens- und Kulturräume energieeffizient zu machen. So beleben wir Ortskerne und stärken das Zusammenleben in der Gemeinde. Dazu gehört auch Respekt und Anerkennung für die viele ehrenamtliche Arbeit, die in den oberösterreichischen Vereinen sowie Blaulicht- und Hilfsorganisationen geleistet wird. Die Sozialdemokratie schafft Orte des Zusammenkommens.

Die Gerstorfer-Regierung:

- ...beauftragt die Erarbeitung regional differenzierter Strategien für noch mehr Lebensqualität in den ländlichen Regionen – durch Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie übergreifenden Verwaltungskooperationen zur Raumplanung. Mit dem Ziel, den Flächenverbrauch einzuschränken.
- Wir wollen, dass im Falle von Baulandwidmungen ein Teil der Fläche auch kostengünstig zur Verfügung stehen muss. Der Traum vom eigenen Haus muss weiterhin leistbar sein.
- Wir brauchen die Förderung von innovativen Initiativen zur Ortskernentwicklung und von integrativen Prozessen zwischen Verwaltung, Eigentümer*innen, Gewerbetreibenden und Bewohner*innen.
- Zeit für das Arbeiten vor Ort: Co-Working-Spaces in allen Bezirkshauptstädten in der Nähe von öffentlicher Verkehrsinfrastruktur (Bus, Bahn, Radweg).
- Wir setzen steuerliche Anreize sowie Förderungen für die Belebung alter, leerstehender Gebäude anstelle von Verbauungen auf der grünen Wiese (Differenzierung bestehender Steuern, Abgaben und Gebühren auf Grund und Boden, je nach Revitalisierung oder Neubebauung).
- Zur Belebung und Sicherung unserer lebendigen Ortskerne erlauben wir die Errichtung von Einkaufszentren mit mehr als 600 m² nur noch im Ortskern (wie es in Kärnten umgesetzt wird).

LEBENSQUALITÄT VOR ORT.

- Wir machen uns an die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zwischen- und Nachnutzung von Leerständen. Wir werden dafür die Förderung ausweiten. Mit uns bleibt kein Ladenlokal leer.
- Auch unnütz leerstehende Zweitwohnungen helfen uns nicht weiter. Deshalb werden wir die Zweitwohnsitzabgabe erhöhen.
- Für ein gutes Aufwachsen der Kinder wollen wir ein ausreichendes Angebot für Familien durch den Ausbau von Eltern-Kind-Zentren in allen Gemeinden sowie mobile Animationen und Ferienangebote in den Gemeinden (bspw. „Ferien in der Gemeinde“ oder Summer Schools).
- Für eine gute Jugend setzen wir auf eine Jugendzentrums-offensive für die Gemeinden und mehr offene, ausfinanzierte und partizipative Jugendarbeit ohne Konsumzwang.
- Wir stehen für den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Freibäder und der freien Seezugänge: Zutrittsrecht und Verbauungsverbot auf 10 Meter von jedem Seeufer sowie die Verankerung in der Landesverfassung, dass öffentliche Seezugänge unverkäuflich sind. Denn unsere Seen gehören uns allen und nicht nur wenigen Superreichen!
- Wir schaffen ein Budget in der Höhe von 10 Millionen Euro, um gezielt Seegrundstücke zu kaufen und in öffentliche Seezugänge zu investieren sowie für ein Vorkaufsrecht für die öffentliche Hand beim Verkauf von privaten Seegrundstücken. Unser Ziel: Wir holen uns unsere Seen zurück!
- Wir sorgen für die Etablierung eines wirtschaftlich tragfähigen, naturnahen und nachhaltigen Ganzjahrestourismus, gemeinsam mit Gemeinden, Tourismusverantwortlichen und Bürger*innen der Regionen (wie z.B. in der Region Pyhrn-Priel), um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen.
- Wir beschleunigen endlich die Digitalisierung und den Breitbandausbau im ländlichen Raum, um Standort- und Lebensqualität zu sichern. Auf gut Deutsch: Mit uns bleibt euer Video nicht dauernd hängen!
- Wir werden europäische Mittel zielgerichtet für den Ausbau der ländlichen Infrastruktur und für Digitalisierungsbestrebungen nutzen.
- Damit unser Einzelhandel wieder auf die Beine kommt, setzen wir Gutscheine für alle Oberösterreicher*innen im Wert von 1.000 Euro zur Stärkung der regionalen Wirtschaft ein.
- Damit niemand mehr im (Spiel-)Rausch Haus und Hof verzockt: Verbot des kleinen Glücksspiels.

- Wir stehen für die Stärkung und Unterstützung von ehrenamtlichen Tätigkeiten und Vereinen. Eine gute Zusammenarbeit mit und Wertschätzung für Blaulichtorganisationen, Musik-, Sport- und Kulturvereinen, NGOs und zivilgesellschaftliche Initiativen sowie allen ehrenamtlich Tätigen ist selbstverständlich.
- Wir begründen ein Förderprogramm, um den Anteil weiblicher Funktionärinnen in Sportvereinen zu vergrößern.
- Für die Gesundheit unserer Jungen kommen ausreichende tägliche Bewegungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen.
- Wir beschließen den Anspruch auf 5 Tage bezahlten Urlaub im Jahr für ehrenamtliche Tätigkeit.



GERECHTIGKEIT IST GEFRAGT!

GERECHTIGKEIT IST GEFRAGT: GERADE BEI DEN GEMEINDEFINANZEN!

Wenige Menschen interessieren sich für Gemeindefinanzen – bis es zu Kürzungen und Schließungen vor Ort kommt. Denn genau dann merkt man, was zu wenig Geld in den Gemeinden zerstört: **Das gute Leben.**

Für die SPÖ in Oberösterreich ist die öffentliche Daseinsvorsorge eine Herzensangelegenheit. Gerade die Krise zeigt, wie wichtig die öffentliche Infrastruktur und Grundversorgung vor Ort ist. Sparmaßnahmen sind hier fehl am Platz und schwächen das Gemeinwesen. Wir bringen ein Maßnahmenpaket auf Schiene, das den Gemeinden Investitionen ermöglicht. Denn die Gemeinden sind mit ihren Aufträgen der Jobmotor der Region. **Durch sinnvolle Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze werden wir die Krise meistern und die Lebensqualität vor Ort erhalten können. So legen wir den Grundstein für einen guten Start aus der Corona-Krise auf Gemeindeebene.**

Die Gerstorfer-Regierung

- ...sorgt für die Stärkung der Gemeinden durch eine schrittweise Abschaffung der Landesumlage. Denn das Land OÖ zupft den Gemeinden mehr Geld als in allen anderen Bundesländern.
- ...schafft einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, der geographische Lage und gemeindeübergreifende Aufgaben und Leistungen berücksichtigt.
- ...wird die Aufstockung des Gemeindepakets des Landes um mindestens 75 Millionen Euro forcieren.
- ...organisiert Hilfe für Gemeinden, die Verluste schreiben: Differenzierte Landeszuschüsse (im Umlagenbereich) für besonders (durch Corona-Krise und Ausfall der Kommunalsteuer) betroffene Gemeinden, um das Niveau der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Verwaltung weiter gewährleisten zu können. Alle Oberösterreicher*innen, egal wo sie wohnen, sollen gute Versorgung vor Ort haben.
- Wir werden lokale Investitionen gezielt fördern und steuern: Sonderbudget für Gemeinden zur Förderung lokaler Betriebe beim ökologischen Umbau, für die Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen und als unkomplizierte Hilfe in der Corona-Krise.

ES GIBT KEINEN PLANET B.

Klimagerechtigkeit ist neben der sozialen Gerechtigkeit die bestimmende Frage unserer Zeit. Oberösterreich muss sich im Kampf gegen den Klimawandel zum Vorzeigeland wandeln, denn heute noch ist unser Land der größte Verursacher von CO₂ in Österreich. Wir dürfen nicht länger wegsehen und brauchen Mut, um neue Wege zu gehen. Erneuerbare Energie, nachhaltige Arbeitsplätze und nachhaltige Infrastrukturen sind ein Gebot der Stunde. Nachhaltige Investitionen sind eine Chance: Sie bringen uns aus der aktuellen Krise in eine nachhaltige Zukunft und sichern unser Land und den Planeten für unsere Kinder. Wir möchten nämlich, dass unsere Enkel 2100 auch noch sauberes Wasser, saubere Erde und eine saubere Luft haben.

Wir in Oberösterreich sind ein Industriestandort. Wir haben nur eine Zukunft, wenn unsere Industrie die sauberste der Welt wird. Wir wollen an der Spitze von klimafreundlicher Entwicklung stehen – statt auf der Bremse. Wir setzen auf die Versöhnung von Wirtschaft und Klimaschutz statt auf ideologische Grabenkämpfe.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir handeln entschlossen für den Klimaschutz, indem wir uns mit einem Green New Deal für Oberösterreich zur Schaffung von „Green Jobs“ (unter Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien) aus der Krise herausinvestieren.
- Wir gestalten den Wandel durch Einrichtung eines Transformationsfonds als Teil eines Green New Deals für Oberösterreich, um Betriebe in der Corona-Krise und beim Übergang zu neuen nachhaltigen Technologien zu unterstützen und langfristig Arbeitsplätze zu sichern. Die Herausforderungen der Klimawende, technologischer Neuerungen und der Corona-Krise können wir so gut bewältigen. Durch die Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte, die die Zukunft unserer Industrie sichert und Unterstützung bei der Umsetzung der Klimaziele bietet (z.B. Breitbandausbau, Wasserstoffpipeline für das Linzer Industriegebiet etc.) machen wir uns bereit für die Veränderungen.
- Wir setzen auf die Erarbeitung regional differenzierter Strategien für die Attraktivierung ländlicher Regionen. Wir schaffen wohnortnahe Arbeitsplätze, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie übergreifende Verwaltungskooperationen zur Raumplanung – mit dem Ziel, den Flächenverbrauch einzuschränken.

GERECHTIGKEIT.
AUCH FÜR UNSEREN PLANETEN!

- Wir schaffen steuerliche Anreize für die Revitalisierung alter, leerstehender Bausubstanzen anstelle von Verbauungen auf der grünen Wiese und fördern solche Projekte (Differenzierung bestehender Steuern, Abgaben und Gebühren auf Grund und Boden, je nach Revitalisierung oder Neubebauung).
- Wir fördern nachhaltige Sanierungen: Bestand und Leerstandssanierungen, Ausbau und Erhöhung der Förderungen für thermische Sanierungen und den Heizkesseltausch, mit besonderem Augenmerk auf Erdwärme und thermische Solarenergie.
- Wir wollen die vollständige Kostentragung des Landes bei Leistungen der Katastrophenhilfsdienste für Gemeinden.
- Wir treiben die Idee der Kreislaufwirtschaft für Oberösterreich voran. Als ersten Schritt wollen wir den Ausbau der Förderung von Pfandlösungen und Mehrwegverpackungen.
- Kein Gift in unserem Boden! Durchsetzung des Glyphosat-Verbots – verbunden mit Sanktionen bei weiterer Anwendung.
- Wir sichern die oberösterreichischen Trinkwasservorräte nachhaltig und sorgen für den Verbleib der Wasserversorgung und -entsorgung in öffentlichem Eigentum.
- Damit wir bei der ökologischen Transformation schneller vorankommen, setzen wir bei Wirtschafts- und Wissenschaftsförderungen des Landes ökologische Nachhaltigkeitskriterien voraus.
- Wir wollen die Einrichtung eines nachhaltigen Mobilitätsclusters für zukunftsfitte oberösterreichische Zulieferer- und Leitbetriebe im Bereich Mobilität. Oberösterreich soll eine Vorreiterrolle übernehmen und den Landesfuhrpark auf E-Mobilität umstellen.
- Wir schaffen die Trendwende im Verkehr durch die Elektrifizierung und den Ausbau aller Nebenbahnen und S-Bahnen in Oberösterreich: Bis 2025 senken wir den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf 60 Prozent.
- Weil das Fahrrad noch eine große Zukunft vor sich hat: Ausbau des Radwegenetzes überregional sowie in den Städten und Gemeinden.
- Wir fördern den Aufbau eines flächendeckenden öffentlichen E-Tankstellennetzes mit einheitlichen Tarifen für bessere E-Mobilität.

- Damit wir alle besser vorankommen: Ausbau von Car-Sharing-Modellen in ganz Oberösterreich.
- Von der Straße auf die Schiene: Einführung einer LKW-Steuer und Anreize für mehr Güterverkehr auf der Schiene.
- Energiewende: Ausbau der Kleinwasserkraft und der Windkraft in Oberösterreich. Große Stromtrassen unterirdisch führen.
- Um das Schönste zu erhalten: Erweiterung des Nationalparks Kalkalpen. Oberösterreich hat derzeit nur 8% Anteil Naturschutzgebiet an der Landesfläche, österreichweit liegt der Wert bei 16%.
- Wir setzen auf die Etablierung eines wirtschaftlich tragfähigen, naturnahen und nachhaltigen Ganzjahrestourismus, gemeinsam mit Gemeinden, Tourismusverantwortlichen und Bürger*innen der Regionen (wie z.B. in der Region Pyhrn-Priel, um eine sanfte Entwicklung umzusetzen).



DAS IST GUT:

**STADT
LAND
LEBEN**

*Kunst lehrt Denken. Als SPÖ in Oberösterreich wollen wir ihr genug Raum geben, um sich kritisch und kreativ zu entfalten, andere Menschen zu inspirieren und so die Gesellschaft als Ganzes voranzubringen. Kunst gestaltet Städte und Regionen, sie überdauert die Zeit und macht unser Leben erst richtig lebenswert. Die Kunst dient den Menschen, die hier leben – und denen, die zu uns kommen. Sie ist ein Magnet für den Tourismus und schafft regionale Vernetzung. Wir sagen: Wenn die Kunst für uns alle so viel leistet, dann soll sie auch für Künstler*innen zum Leben reichen!*

EIN BREITES KULTURANGEBOT FÜR GANZ OBERÖSTERREICH.

Die Sozialdemokratie will Möglichkeiten schaffen, damit sich kreative Prozesse Zeit und Platz nehmen und sich ohne Verwertungsdruck entfalten können. Wir fordern, dass der Beitrag von Kunst und Kultur zu einer offenen, demokratischen, kritikfähigen Gesellschaft entsprechend wertgeschätzt wird. Kulturarbeiter*innen sollen gut von ihrer künstlerischen Tätigkeit leben können. Darüber hinaus ist ein inklusiver Zugang zu Kunst und Kultur Voraussetzung, um alle Menschen miteinzubeziehen und ihnen die Auseinandersetzung mit dem Erlebten zu ermöglichen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. **Dafür macht sich die Sozialdemokratie stark.**

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir wollen die Sonder- und Corona-Hilfsförderungen für Einzelkünstler*innen und Vereine transparent machen und rasch an die Antragsteller*innen ausbezahlen.
- Wir passen die Förderrichtlinien an reale Arbeits- und Lebensbedingungen im Kunst- und Kulturbereich an. Die Richtlinien werden künftig weniger ergebnisorientiert, sondern prozess- und strukturorientiert gestaltet. Nicht wie viele Besucher*innen kommen zählt, sondern welche Erfahrungen die Besucher*innen machen.
- Wir schaffen eine auf mehrere Jahre vorausschauende und die Auswirkungen der Krise berücksichtigende Erhöhung der Kulturfördermittel sowie eine dauerhafte Erhöhung des Kulturbudgets für zeitgenössische Kunst und Kultur.
- Wir setzen auf die Förderung und Unterstützung von lokalen Kulturinitiativen, freien Radios, regionalen Festivals und Veranstalter*innen, um möglichst vielen Menschen Teilnahme und Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen.
- Wir werden die „Fair Pay“-Richtlinien nachhaltig umsetzen, damit Kulturarbeiter*innen endlich fair bezahlt werden.
- Wir beschließen die Erhöhung der Basisfinanzierung ab 2022 auf 5 Millionen Euro, um Kulturvereinen die Entlohnung ihrer Angestellten nach den „Fair Pay“-Richtlinien möglich zu machen.
- Unsere Forderung: Mindestens 40% der Fördermittel für Kunst und Kultur müssen an Frauen gehen. Da gibt es viel aufzuholen.

LANDWIRTSCHAFT

ALS GRUNDLAGE FÜR EIN GUTES LEBEN.

- Unser klares Ziel: Der Zugang zu altersgerechter Teilhabe und Auseinandersetzung mit Kunst muss gewährleistet sein. Auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Kunst und Kultur.
- Wir setzen auf ein Arbeitsstipendium für Künstler*innen, Kulturvermittler*innen und Kulturarbeiter*innen. Projekte mit Oberösterreich-Bezug sollen für max. drei Monate mit 1.000 Euro gefördert werden.
- Wir ermöglichen die Finanzierung fundierter Kulturpolitikforschung, um auch in der Kulturpolitik faktenbasierte Entscheidungen treffen zu können.
- Wir wollen vernetzende Gesprächsformate in den Gemeinden, die für kritische und mutige Kunst- und Kulturarbeit sensibilisieren. Dies erfolgt gemeinsam mit Vertreter*innen der Interessensgemeinschaften, Gewerkschaften und Politik.
- Uns geht es um die Entwicklung von Formaten, in denen das Publikum interaktiv ins Kulturgesehen einbezogen wird.
- Wir erstellen ein breites und qualitativ hochwertiges Programm, um Künstler*innen an die Schulen und die Schüler*innen ins Museum zu bringen. Wir übernehmen Gagen, Eintritts- und Fahrtkosten, damit Erfahrungen mit Kunst und Kultur nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

KULTUR

Wir alle leben von der Landwirtschaft und wünschen uns Produkte, die leistbar, qualitativ hochwertig und regional hergestellt sind. Das Tierwohl muss ebenso eine große Rolle spielen wie auch der Einklang mit der Natur und der Erhalt der Biodiversität im Sinne der Nachhaltigkeit. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Gerade für die kleinen Landwirt*innen. **Ein sozial nachhaltiges und existenzsicherndes Einkommen soll allen in der Landwirtschaft Tätigen ermöglicht werden. Denn gerade zwischen den großen Agrarunternehmen und den kleinen Bauern/Bäuerinnen gibt es Ungleichheiten, die wir als SPÖ in Oberösterreich abbauen werden.**

Die Gerstorfer-Regierung:

- Damit es gerecht zugeht schaffen wir ein Transparenzregister für EU-Agrarförderungen und eine Höchstgrenze für Direktzahlungen.
- Wir unterstützen eine europaweite Initiative zur Kopplung der EU-Agrarförderungen an Mindestarbeitsstandards für Erntehelfer*innen und Beschäftigte in der Landwirtschaft.
- Wir wollen eine Anpassung der Sozialversicherung an die tatsächliche Einkommenssituation der Bauern/Bäuerinnen, um Bauern/Bäuerinnen mit niedrigem Einheitswert zu entlasten.
- Wir sorgen für die genaue Kennzeichnung der Herkunft von landwirtschaftlichen Produkten.
- Wir werden die Förderungen für die ersten 20 Hektar von bäuerlichen Betrieben um 150 Euro pro Hektar erhöhen, um Kleinbetriebe stärker zu unterstützen.
- Bei der Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben berücksichtigen wir die Arbeitsleistung.
- Wir sichern kleinere und mittlere Betriebe in der Landwirtschaft mit einem Sockelbetrag ab.
- Wir unterstützen die Landwirtschaft durch Förderung für die Landschaftspflege, gerade für kleine Grundbesitzer*innen.

Der Kampf für Gerechtigkeit und Transparenz ist die Kernkompetenz der SPÖ in Oberösterreich. Die erkämpften demokratischen Rechte sind ein hohes Gut und müssen geschützt werden. Das funktioniert nur mit ausreichender Kontrolle der Mächtigen und Regierenden. Oppositionelle Minderheitenrechte müssen im Landtag ausgebaut werden; mögen es nun die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen sein oder die umfassende Akteneinsicht. Auch in den Gemeinden ist ein Transparenz- und Demokratiepaket, das mehr Demokratie für die Gemeindeverbände bringt und die Bürger*innen miteinbezieht, längst überfällig. Wir stehen für ein demokratisches Oberösterreich.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir wollen in der nächsten Regierung Verantwortung übernehmen und verschaffen als gute Demokrat*innen der Opposition dennoch mehr Rechte. Wir wollen den Ausbau der oppositionellen Minderheitenrechte, einen unabhängigen Budgetdienst und Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht im oberösterreichischen Landtag.
- Wir setzen auf Transparenz für mehr Demokratie. Umfassende Akteneinsicht für alle Landtagsabgeordneten, um Kontrollrechte gegenüber der Verwaltung besser nutzen zu können, sind für uns daher logisch. Es geht aber auch um mehr Bürger*innenrechte. Die Landespolitik und ihre untergeordneten Gebietskörperschaften müssen transparenter werden. Das dient der Vorbeugung von Korruption, zum Beispiel durch die Veröffentlichung von Ausschussvorlagen und die Beantwortung von Abgeordnetenfragen an Regierungsmitglieder.
- Wir wollen gemeinsam mit den Bürger*innen regieren und setzen deshalb auf den Ausbau der Bürger*innenbeteiligung mit der Einsetzung von Bürger*innenräten.
- Wir fördern die Demokratisierung der Gemeindeverbände: Die Zusammensetzung der jeweiligen Verbandsversammlungen soll künftig den Ergebnissen der aktuellen Gemeinderatswahlen entsprechen.
- Wir schaffen verpflichtende Senior*innen- sowie Jugendbeiräte für alle oberösterreichischen Gemeinden mit paritätischer Besetzung aus den politischen Fraktionen.
- Wir stärken den sozialen Dialog auf Augenhöhe: Wir fordern die Einbeziehung von Arbeitnehmer*inneninteressen in alle Gremien von landesnahen Gesellschaften.



**MEHR
DEMOKRATIE
FÜR OBERÖSTERREICH!**

EIN SOLIDARISCHES OBERÖSTERREICH.

Die SPÖ in Oberösterreich setzt sich für ein buntes, gleiches und gerechtes Oberösterreich ein. Wir wollen Oberösterreich zur Musterregion der Gleichstellung machen und endlich für Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sorgen. Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist eine Kernforderung der Sozialdemokratie.

Oberösterreich muss auch ein sicherer, solidarischer Ort sein, wo alle gut leben können und die persönliche Entfaltung im Rahmen der Gemeinschaft aller Oberösterreicher*innen an erster Stelle steht. Dabei steht der Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen genauso auf dem Programm wie der Kampf um Minderheitenrechte. Zusammen schaffen wir ein solidarisches Oberösterreich!

WIR KÄMPFEN FÜR GLEICHBERECHTIGUNG.

Obwohl sich in den letzten Jahren viel in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit verbessert hat, so gibt es nach wie vor viel zu tun: Frauen bekommen immer noch nicht den gleichen Lohn wie Männer. Oberösterreich nimmt hinsichtlich Lohnungleichheit sogar den letzten Platz im Bundesländervergleich ein. Frauen übernehmen den Großteil von unbezahlter Pflege- und Erziehungsarbeit, sind häufiger von Armut betroffen und nach wie vor sind die eigenen vier Wände der gefährlichste Ort für viele Frauen. **Wir als SPÖ Oberösterreich können diese deutliche Schlechterstellung von Frauen nicht hinnehmen und fordern daher den Ausbau von Gewaltschutz- und Frauenberatungseinrichtungen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie gezielte Maßnahmen, um Armut und Arbeitslosigkeit unter Frauen zu verringern.**

Die Gerstorfer-Regierung:

- Gewalt an Frauen bekämpfen wir durch:
 - o Ausarbeitung eines oberösterreichischen Aktionsplans für Gewaltschutz und Gewaltprävention sowie Täterarbeit – in Kooperation mit den oberösterreichischen Frauenhäusern, Gewaltschutzzentren und der Landespolizeidirektion.
 - o Die rasche Errichtung je eines Frauenhauses im unteren Mühlviertel und im Salzkammergut – mit bestmöglicher Erreichbarkeit und öffentlicher Anbindung.
 - o Die Schaffung von zusätzlichen Frauenberatungs- und Gewaltschutzeinrichtungen, sodass eine flächendeckende Versorgung gewährleistet ist.
 - o Soforthilfepaket zum Schutz von Frauen und Kindern, Aufstockung und finanzielle Absicherung von Frauenberatungsstellen sowie bessere personelle Ausstattung.
 - o Ausbau der Unterstützungsangebote für Frauen, die von sexueller Belästigung betroffen sind. Besonders auch dort, wo das Land Oberösterreich als Arbeitgeber auftritt. Aktionsplan für Oberösterreich für frauenspezifische Maßnahmen im Bereich von Cyber-Mobbing und Hasspostings.
- Wir werden gleiche berufliche Chancen herstellen und Frauenarmut verhindern durch:
 - o Effektivere Einkommensberichte, um Lohnungleichheit zu verhindern und die Lohnschere zwischen den Geschlechtern zu schließen. Die Frauen müssen wissen, wo die Männer mehr verdienen, wenn sie dasselbe tun.

- o Ein Einkommenstransparenzgesetz für alle oberösterreichischen Unternehmen, welches gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und eine faire Bewertung von Arbeit ermöglicht. Das Gesetz muss die Veröffentlichung der bestehenden Einkommensberichte vorsehen, um Vergleichbarkeit der Löhne von Männern und Frauen herzustellen (wie im isländischen Modell). Das Land Oberösterreich ist selbst Arbeitgeber und muss dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und einen jährlichen Einkommensbericht veröffentlichen.
- o Die Auftragsvergabe von öffentlichen Dienstleistungen ist an innerbetriebliche Gleichstellungsmaßnahmen zu koppeln. Beim Bestbieterprinzip ist der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit einzubeziehen.
- o Wenn in einem Gremium 80% Männer über Arbeitsbereiche mit 80% Frauen entscheiden, dann stimmt etwas nicht. So ist es z.B. in den oberösterreichischen Sozialhilfeverbänden. Frauen sollen in Unternehmen gemäß dem Anteil der Frauen im Beschäftigtenstand auch in der Führung repräsentiert sein. Dies gilt auch für die Privatwirtschaft. Bei Unternehmen mit einem Anteil von mehr als 50% Frauen ist eine Quote von 50% zu erreichen.
- o Ausbau von Frauenarbeitsstiftungen in ganz Oberösterreich: Mindestens 50% der Mittel aus der Corona-Arbeitsstiftung sollen Frauen zur Verfügung stehen.
- o Mit mehr Geld kann man auch mehr beraten. Und das ist wichtig für die Frauen! Daher mehr Mittel für Frauenberatungsstellen in ganz Oberösterreich und Verknüpfung mit den AMS-Landes- und Regionalstellen für eine gezielte Hilfestellung am Arbeitsmarkt sowie einen rechtlichen Anspruch auf Beratung.
- o Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 70% zur dringend notwendigen Existenzsicherung von Frauen (und Männern).
- o Kinderbetreuung muss kostenlos, ganztägig, ganzjährig sowie in kleineren Gruppen stattfinden. Und es muss einen Rechtsanspruch darauf ab dem 1. Lebensjahr geben.
- o Ausbau des Kinderbildungsangebots und eine faire Aufteilung der Kosten zwischen Land und Gemeinden.
- o Wusstet ihr auch gern, wie viel Geld das Land für Männer und Frauen ausgibt? Genderbudgeting heißt das und es muss im Landeshaushalt implementiert werden: Die Hälfte der den Geschlechtern zuordenbaren Landesausgaben sollen Frauen erhalten. Ein Genderbudgeting-Bericht soll jährlich erstellt werden.

- o Frauen sollen von Frauen in der Politik vertreten werden. Daher gestalten wir Karenzmodelle, die es insbesondere Frauen (und auch Männern) ermöglichen, Familie und politische Funktion(en) vereinbaren zu können. Politisches Engagement auf allen Ebenen braucht unterstützende Rahmenbedingungen.
- Wir stehen für Frauengesundheit & reproduktive Rechte:
 - o Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Kostenübernahme durch die Sozialversicherungsträger sowie Durchführung in allen öffentlichen Krankenhäusern.
 - o Kostenlose Hygieneartikel: Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Menstruationsartikel („Tamponsteuer“) sowie kostenlose Menstruationsartikel in allen Toiletten öffentlicher Einrichtungen.
 - o Frauengesundheit: Umsetzung des bundesweiten Aktionsplans Frauengesundheit, geschlechterspezifische Medizin fördern, mehr psychologische Betreuung von Frauen und Kindern.
 - o Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln.
- **Vielfalt leben durch:**
 - o Die Wiedereinführung des Lovetour-Busses, um hochwertige Aufklärungsarbeit über Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten zu ermöglichen.
 - o Den Ausbau der Antidiskriminierungsstelle, um ausreichend für die Anliegen von LGBTIQ*-Personen sensibilisiert zu sein sowie die Etablierung von eigenen Ansprechpartner*innen.
 - o Schaffung eines Kompetenzzentrums für Trans-Operationen in Oberösterreich.
 - o Kunstförderungen, um speziell Künstler*innen zum Thema LGBTIQ* zu fördern.



WIR LEBEN INTERNATIONALE SOLIDARITÄT.

Freiheit und Gleichheit sind Grundsätze der Sozialdemokratie. Wir bekennen uns daher zur Genfer Flüchtlingskonvention zum Schutz und zur Integration von Migrant*innen und subsidiär Schutzberechtigten sowie jener Menschen, die vor Krieg, Folter, Gewalt, wegen frauenspezifischer Fluchtgründe, Umweltzerstörung, politischer Verfolgung oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geflohen sind. Wir setzen uns für ein Flucht- und Asylrecht ein, das der Menschenwürde und den europäischen Menschenrechten entspricht. Geflüchteten Menschen muss eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Wir lehnen weitere Asylrechtsverschärfungen ab, ebenso jene Parteien und Kräfte, die Geflüchtete für ihre rechtsextreme und rassistische Politik instrumentalisieren wollen.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir setzen auf europäische Lösungen für eine Stärkung des Flüchtlingsschutzes innerhalb von Europa statt der Abwälzung der Verantwortung für Flüchtlinge an Drittstaaten. Dazu braucht es jedenfalls: Sichere Wege zu einem Asylverfahren in Europa ohne Obergrenzen und die Stärkung des individuellen Asylrechts.
- Gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten der EU gehen wir die erforderlichen Schritte, damit eine menschenwürdige Unterbringung der Menschen aus Flüchtlingslagern (bspw. Moria) und den bosnischen Wäldern sowie rasche humanitäre Hilfe sichergestellt werden kann.
- Die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Flüchtlingslagern wollen wir als humanitäre Notmaßnahme in Österreich ermöglichen.
- Wir sorgen für die Wiedereinführung der unabhängigen Rechtsberatung für Asylwerber*innen.
- Unsere Forderung: Erstinstanzliche Entscheidungen hinsichtlich eines Aufenthaltsrechts aus humanitären Gründen sollen im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung wieder durch die Bezirksverwaltungsbehörden getroffen werden.
- Wir schaffen die Neuausrichtung der oberösterreichischen Antidiskriminierungsstelle als unabhängige Einrichtung und als starke Stimme gegen Diskriminierung.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT.

- Wir werden wirksame Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus durch eine Beratungsstelle zum Schutz und zur Hilfe für von rechtsextremem, rassistischer und antisemitischer Gewalt bedrohter und betroffener Menschen sowie Aussteiger*innen aus rechtsextremen oder fundamentalistischen Kreisen sicherstellen. Anlaufstellen in Oberösterreich für Aussteiger*innen aus rechtsextremen oder fundamentalistischen Kreisen schaffen wir zusätzlich.
- Unsere klare Ansage: Keine Landesförderungen für rechtsextreme Burschenschaften und sonstige rechtsextreme Vereine.
- Wir sorgen für die wirksame Bekämpfung rechtsextremer Straftaten.
- Wir sagen: Schluss mit der Übernahme des Ehrenschatzes für den rechtsextremen Burschenbundball durch den Landeshauptmann.
- Wir stellen sicher: Besserer Schutz für die KZ-Gedenkstätten in Oberösterreich.



INTEGRATION: WIR SCHAUEN AUF EINANDER.

Egal ob hier geboren oder nicht – für uns als SPÖ Oberösterreich ist klar, dass alle Menschen die gleichen Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten haben sollen.

Dazu gehören eine rasche Arbeitsmarktintegration, aktive Schritte, um Diskriminierungen abzubauen sowie ein leichter Zugang zur dauerhaften Einbürgerung. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der wir uns alle gegenseitig wertschätzen – unabhängig vom eigenen Geburtsort oder vom Geburtsort der Eltern.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir finden, eine zukunftsweisende Integrationspolitik muss sich an folgenden Ziel-dimensionen orientieren: Chancengleichheit – gleiche Arbeitsmarktchancen für alle. Gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung, Verhinderung und Abbau von Diskriminierungen und die Verbesserung der gegenseitigen Akzeptanz aller in Oberösterreich lebenden Menschen.
- Wir brauchen erleichterte Einbürgerungen: Laut einer aktuellen Studie ist Österreich absolutes Schlusslicht in Europa beim Zugang zur Einbürgerung! Eine Einbürgerung darf nicht an den Kosten scheitern. Daher: Senkung der Gebühren sowie eine kostenfreie Einbürgerung von hier geborenen Kindern.



INTEGRATION & INKLUSION.

INKLUSION, DAS SCHAFFEN WIR!

Die SPÖ in Oberösterreich schafft Teilhabe für alle Menschen. Dazu gehört ein ausgebauten Betreuungsangebot und die Teilhabe durch Arbeit. Denn nichts fördert die Zufriedenheit mehr als Arbeit unter fairen Arbeitsbedingungen. Sie ist der Motor der Inklusion. Um pflegende Angehörige zu entlasten und ihre Pension zu sichern, brauchen sie umfassende soziale Absicherung. So wird Oberösterreich gerecht für alle seine Einwohner*innen, egal in welcher Lebenslage.

Die Gerstorfer-Regierung:

- Wir stellen die notwendige Finanzierung für einen vorausschauenden und nahtlosen Ausbau von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigung her. Damit kann die Reduktion der bestehenden Wartelisten vor allem auf Wohnplätze auch nach dem Jahr 2021 vorangetrieben werden.
- Wir machen uns an die rasche Umsetzung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung von Beschäftigten in einer Werkstätte oder anderen Tagesstrukturen sowie Standards für eine würdige Entlohnung – durch die Sicherstellung einer Finanzierung des Bundes.
- Wir lenken den Fokus auf integrative Arbeitsplätze in Unternehmen vor Ort.
- Wir stehen für den Ausbau von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige.
- Wir wollen die Möglichkeit einer Anstellung für betreuende Angehörige von Menschen mit Beeinträchtigung, inklusive umfassender sozial- und pensionsrechtlicher Absicherung.
- Menschen mit Beeinträchtigungen, die in betreuten Wohngemeinschaften als sogenannte „teilbetreute Bewohner*innen“ leben, werden wir bei der Sozialhilfe den Richtsatz für Alleinstehende zuerkennen.
- Wir stellen barrierefreie Teilhabe sicher.

SPÖ ÖÖ

ES BRAUCHT

JETZT

MEHR

SPOÖ.

**BIRGIT
GERSTORFER**

**UNSER REGIERUNGSPROGRAMM
FÜR OBERÖSTERREICH.**